

Nachhaltige Finanzpolitik statt Schulden für teure Wahlgeschenke

Die Finanzierung der Mütterrente, der Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie, die Reduzierung der Luftverkehrssteuer, eine höhere Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer, die Agrardiesel-Rückvergütung – die Liste der Wahlgeschenke von Union und SPD ist lang. Diese und die weiteren Maßnahmen des am Mittwoch vorgestellten Koalitionsvertrags von Union und SPD werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mindestens zweistellige Milliardenbeträge kosten. Der Bundeshaushalt hat keinen Spielraum für teure Wahlgeschenke, sondern schon jetzt ein milliardenschweres Defizit. Schwarz-Rot wird die ambitionslose Politik daher mit neuen Schulden finanzieren müssen. Das ist keine nachhaltige Politik. Viele der geplanten Steuergeschenke belasten auch die Länderhaushalte unmittelbar. Es kann nicht sein, dass der von den Ländern gerade gewonnene Handlungsspielraum von 0,35% des BIP allein zur Finanzierung von Wahlgeschenken von Schwarz-Rot herangezogen werden muss. Generationengerechtigkeit darf keine reine Wahlkampffloskel sein.

Simon Rock MdL, Haushalts- und finanzpolitischer Sprecher Grüne Fraktion NRW

Peter Seimer MdL, Sprecher für Steuerpolitik und Digitalisierung, Grüne Fraktion im Landtag Baden-Württemberg

Oliver Brandt MdL, Sprecher für Finanzen und Haushalt der Grünen Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Tim Pargent MdL, Finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Bayerischen Landtag

Claudia Köhler MdL, Haushaltspolitische Sprecherin der Grünen im Bayerischen Landtag

Olaf Meister MdL, Finanzpolitischer Sprecher Grüne Fraktion Sachsen-Anhalt

Miriam Dahlke MdL, Haushaltspolitische Sprecherin der Grünen Fraktion im Hessischen Landtag

Andreas Ewald MdL, Sprecher für Kommunal Finanzen der Grünen Fraktion im Hessischen Landtag

André Schulze MdA, Sprecher für Haushalt und Finanzen Grüne Fraktion Berlin

Thomas von Gizycki, Grüne Brandenburg [Sprecher für Finanzen und Haushalt im Brandenburger Landtag bis 2024]